

UNSER WORT



Mitteilungsblatt der ITO in deutscher Sprache - Herbst 2000 - DM 0,50

Aufstehen gegen rechten Terror, Rassismus und Antisemitismus !

Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst des Antifaschismus. Eine heilige Allianz von Gregor Gysi über Bundeskanzler Schröder bis zu Bayerns Ministerpräsident Stoiber fordert plötzlich das Verbot von Naziparteien wie der NPD und schärfere Gesetze gegen Rassismus und rechten Terror. Jahrelang haben die bürgerlichen Politiker über die faschistische Gefahr geschwiegen. Wenn Emigranten, Schwule oder Punks totgeschlagen wurden, weil sie nicht in das Bild des "anständigen Deutschen" passten, redete die alte wie die neue Regierung die Täter zu verwirrten jugendlichen Einzeltätern herunter, die unter Alkoholeinfluss gehandelt hätten. Während sogenannte "national befreite Zonen", in denen Neonazis quasi das Gewaltmonopol auf der Straße ausüben, in vielen Orten Ostdeutschlands eine schreckliche Realität geworden sind und wöchentlich jüdische Friedhöfe geschändet werden, beobachtet der Verfassungsschutz aktive Antifaschisten. In Göttingen und Passau wurden jugendliche Antifaschisten gar als "kriminelle Vereinigung" angeklagt, weil sie unangemeldete Demonstrationen durchgeführt oder Plakate gegen Nazis geklebt habe.

Wenn heute die Schröderregierung den (Schein-)Kampf gegen die Rechtsextremen für sich entdeckt hat, steht dahinter nicht eine plötzliche Einsicht. Vielmehr geht es der rosa-grünen Regierung darum, sich als "links" und "fortschrittlich" darzustellen. Hat schon in sozialen Fragen kein Wandel gegenüber der Kohl'schen Kahlschlagpolitik stattgefunden, will Rosa-grün sein Klientel mit antifaschistischer und humanitärer Rhetorik binden. Im Namen des Antifaschismus und der Humanität führte die Regierung im letzten Jahr einen barbarischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. In diesem Jahr dient der Boykott gegen Österreich und der Kampf gegen Skinheads und Pitbulls der Regierung dazu, sich als fortschrittlich zu legitimieren, um dabei um so schärfer mit Steuer- und Rentenreform, Ökosteuern etc. die sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung und des Mittelstandes mit Füßen zu treten. Dass Schily und Schröder mit Sprüchen wie "Das Boot ist voll" und "Kriminelle Ausländer abschieben" zu Stichwortgebern der Neonazis wurden, ist offensichtlich schon vergessen.

Eine faschistische Machtübernahme droht heute nirgendwo in Europa. Aber der Terror der Nazibanden kostet jeden Monat neue Menschenleben. Der Widerstand gegen Nazis bindet die Kräfte vieler Linker, die an anderer Stelle, bei Kampf gegen Sozialabbau und Kriegsgefahr fehlen. Die Nazis agieren als rechte Pressure Group, die durch ihre Attentate und Aufmärsche Gesetzesverschärfungen wie die Quasi-Abschaffung des Asylrechts oder Demonstrationsverbote auch gegen Linke erst ermöglichen. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Franz-

Josef Strauß erklärte in diesen Sinne einmal über die Neonazis, mit Hilfstruppen dürfe man nicht zimperlich sein.

Wenn Gregor Gysi fordert, breite Allianzen gegen Neonazis zu bilden, die auch die CDU einschließen, läuft er direkt in die Antifa-Falle der Regierung. Nicht mit den entschiedensten Verteidigern der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, die mit ihren Sondergesetzen gegen Ausländer den Rassismus erst hoffähig gemacht haben, können wir die Nazibanden stoppen, sondern nur, wenn wir eine Systemalternative aufzeigen. Umfragen haben ergeben, dass gerade in Ostdeutschland, wo NPD und DVU am stärksten sind, 70% der Jugendlichen gegen das kapitalistische System eingestellt sind. Die PDS, die in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mitregiert oder die Regierung toleriert, ist dort aktiv am Abbau von Arbeitsplätzen und der Schließung von Kindertagesstätten beteiligt. Wenn die PDS in Mecklenburg-Vorpommern für Schröders Steuerreform stimmt und die sächsische PDS sich hinter Kurt Biedenkopfs Sparhaushalt stellt, verkommen die Forderungen nach "sozialer Gerechtigkeit" zu Phrasen. Mit dieser Politik verspielt die PDS jede Chance, als Systemopposition wahrgenommen zu werden. Frustrierte und deklassierte Jugendliche und Arbeiter, die um ihre Arbeitsplätze bangen, beginnen, in den Neonazis die einzige Systemalternative zu sehen. Die Wahlergebnisse der DVU in Sachsen-Anhalt beweisen dies deutlich. Die PDS überlässt den Neonazis zunehmend das Monopol auf radikale Systemkritik und die soziale Frage. Ein gut gemeintes "Nazis raus aus den Köpfen", wie es die PDS plakatiert, lässt offen, wieso das faschistische Gedankengut überhaupt erst in die Köpfe gekommen ist. Der Philosoph Horkheimer erklärte einmal zurecht, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, möge auch über den Faschismus schweigen. Tatsächlich ist es das kapitalistische System mit seinem Konkurrenzprinzip, dem Kampf aller gegen aller, in dem nur die Stärksten überleben, das die Grundlage für das Aufkommen entmenschter faschistischer Banden legt. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie zusammen mit Schröder und den Vertretern der Wirtschaft für den "Standort Deutschland" kämpft, öffnen sie Tür und Tor für das rassistische Gift, das die Kolleginnen und Kollegen vom Kampf gegen ihren wahren Gegner - gegen die deutschen Bosse und Banker - ablenkt.

Antikapitalismus darf keine Eintrittshürde für die Teilnahme an antifaschistischen Bündnissen sein. Hier sollte jeder willkommen sein, der ehrlich gegen Neonazis und Rassismus eintreten will. Aber Sozialisten dürfen es sich nicht nehmen lassen, in solchen Aktionsbündnissen, auf Demonstrationen und Kundgebungen über eine sozialistische Systemalternative zu reden. Wenn wir

beim bloßen Antifaschismus stehen bleiben, geben wir letztlich nur der rosa-grünen Regierung eine linke Flankendeckung. Solange wir die entscheidenden sozialen Konfliktfelder nicht selber mit einer sozialistischen Programmatik besetzen und der rechten Demagogie das Wasser abgraben, bleiben die Kämpfe gegen Nazi-Skins und NPD letztlich Scheingefechte.

Grundfalsch ist auch jeder Appell an den bürgerlichen Staatsapparat, die NPD oder eine andere Nazi-Partei zu verbieten. Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, dass jedes Verbot einer rechten Partei nur dazu dient, dem Staat das Gesetzesinstrumentarium und die Legitimation zu geben, auch gegen linke und fortschrittliche Organisationen vorzugehen.

Das Verbot der faschistischen Sozialistischen Reichspartei Anfang der 50er Jahre diente der Vorbereitung des Verbots der KPD 1956. Auf die Verbote kleinerer faschistischer Organisationen in den 80er und 90er Jahren folgte schnell das Verbot türkischer und kurdischer Parteien. Jeder Appell an den Staat schürt Illusionen und jede Gesetzesverschärfung kann und wird gegen Linke und die Arbeiterbewegung eingesetzt werden. Unter dem Vorwand, die Neonazis zu bekämpfen soll der Bundesgrenzschutz mehr Vollmachten bekommen und flächendeckend sollen Videokameras zur Überwachung der Innenstädte eingesetzt werden.

Entscheidend ist der Widerstand von unten, sowohl von denjenigen, die wie Emigranten oder Schwule schon heute von den Angriffen der Faschisten betroffen sind, wie auch von allen, die wie die Gewerkschaften schon morgen auf der Abschlusliste der Nazis stehen werden.

Konfrontieren müssen wir die Nazis dort, wo sie ihre Stärke herbeziehen: auf der Straße. Mit individuellen Steinwürfen auf Nazibüros oder Brandsätzen unter den Fahrzeugen ihrer Führer werden wir die Rechtsextremen nicht zurückdrängen können. Aber so, wie am 1. März 1997 15.000 Münchner den Marsch von 5000 NPD-Anhängern gegen die Wehrmachtausstellung letztendlich stoppten und am 30. September 2000 mehrere Tausend Demonstranten durch ihre massenhaften Anwesenheit eine Kundgebung der NPD vor dem Münchner Rathaus verhinderten, müssen wir die Nazis überall dort mit massenhaften Widerstand konfrontieren, wo sie öffentlich auftreten wollen. So werden wir ihre Anhänger demotivieren und ihre Führer isolieren. Vor allem die PDS als stärkste linke Partei und der DGB als größte Organisation der Werktätigen in Deutschland müssen zusammen mit Emigrantenvereinen und autonomen Antifaschisten Widerstand gegen den Naziterror organisieren: auf der Straße, im Betrieb, in der Universität und im Parlament.

- **Antifaschistische Selbstverteidigung statt Illusionen in den bürgerlichen Staat!**
 - **Gleiche und demokratische Rechte für alle, die hier leben!**
 - **Weg mit den Sondergesetzen gegen Emigranten!**
 - **PDS raus aus der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern!**
- **Schluss mit der Tolerierung des Sozialabbaus durch die PDS in Sachsen-Anhalt!**
 - **Für eine sozialistische Alternative!**

Nazipresse verbieten?

Von Leo Trotzki

Der folgende Text ist die Einleitung der ersten Ausgabe der mexikanischen marxistischen Zeitung Clave im Oktober 1930. Das von Trotzki verfasste Originalmanuskript mit dem Titel "Die Arbeiterklasse und die Pressefreiheit" wurde 1977 im Trotzki-Archiv in Harvard entdeckt. Wir veröffentlichen diesen Text hier erstmals in deutscher Sprache. Vor dem Hintergrund, dass auch linke Organisationen wie PDS und DKP vom bürgerlichen Staat das Verbot der NPD oder die Zensur von Nazi-Propaganda im Internet fordern, ist der von Trotzki formulierte marxistische Standpunkt von großer Aktualität. (Red. Unser Wort)

In Mexiko wurde eine Kampagne gegen die reaktionäre Presse eingeleitet. Die Kampagne wird von den Führern der Konföderation Mexikanischer Arbeiter oder genauer von Herren Lombardo Toledano persönlich geleitet. Ziel ist es, die reaktionäre Presse zu "zügeln", indem sie entweder der Zensur selbstmörderisch beschreiben kann, begrüßt. Es ist in der Tat nicht schwer zu sehen, dass diese Kampagne, selbst, wenn sie siegreich sein sollte und konkrete Ergebnisse zum Nutzen von Lombardo Toledo bringen würde, in letzter Konsequenz auf die Arbeiterklasse zurückfallen wird.

Die Theorie, ebenso, wie die geschichtliche Erfahrung, beweisen, dass jede Einschränkung der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft, schließlich gegen das Proletariat gerichtet ist, so, wie Steuern schließlich immer auf die Schultern des Proletariats zurückfallen. Die bürgerliche Demokratie hat für das Proletariat nur insofern ihren Nutzen, als dass sie den Weg für die Entwicklung des Klassenkampfes eröffnet. Folglich ist jeder Arbeiterführer, der den bürgerlichen Staat mit speziellen Mitteln zur Kontrolle der öffentlichen Meinung im Allgemeinen und der Presse im besonderen bewaffnet, ein Verräter. In letzter

unterworfen oder gänzlich verboten wird. Die Gewerkschaften sind auf dem Kriegspfad. Entschieden unheilbare Demokraten, durch ihre Erfahrungen mit der völligen Stalinisierung Moskaus, gekrönt von den "Freunden" des GPU, haben diese Kampagne, die man nur als Konsequenz wird die Zuspitzung des Klassenkampfes die Bourgeoisie aller Schattierungen dazu zwingen, einen Pakt zu schließen, um Sondergesetze, restriktive Maßnahmen aller Art sowie die "demokratische" Zensur gegen die Arbeiterklasse zu akzeptieren. Wer das noch nicht verstanden hat, sollte die Reihen der Arbeiterklasse verlassen

"Aber manchmal" - werden einige "Freunde" der Sowjetunion einwenden - "ist die Diktatur des Proletariats dazu verpflichtet, außergewöhnliche Maßnahmen vor allem gegen die reaktionäre Presse zu ergreifen." Hierauf entgegnen wir: "Erstens vergleicht diese Einwand einen Arbeiterstaat mit einem bürgerlichen Staat. Auch, wenn Mexiko ein halbkoloniales Land ist, ist es zugleich ein bürgerlicher Staat und ganz sicher kein Arbeiterstaat. Und selbst vom Standpunkt der Interessen einer Diktator des Proletariats aus ist das Verbot oder die Zensur bürgerlicher

Zeitungen weder eine Frage des Programms oder des Prinzips noch eine ideale Situation.

Wenn es einmal siegreich ist, wird sich das Proletariat vielleicht gezwungen sehen, eine Zeit lang besondere Maßnahmen gegen die Bourgeoisie zu ergreifen, wenn die Bourgeoisie eine Haltung der offenen Revolte gegen den Arbeiterstaat einnimmt. In einem solchen Fall gegen Einschnitte in die Pressefreiheit Hand in Hand mit allen anderen Maßnahmen zur Vorbereitung eines Bürgerkrieges. Wenn wir gezwungen sind, Kanonen und Flugzeuge gegen den Feind einzusetzen, werden wir ganz sicher nicht dem gleichen Feind erlauben, innerhalb des Lagers des bewaffneten Proletariats seine eigenen Informations- und Propagandazentralen aufrecht zu erhalten. Dennoch gilt auch in diesem Fall, dass außergewöhnliche Maßnahmen, wenn sie lange genug angewandt werden, um in einen Dauerzustand

überzugehen, die Gefahr in sich tragen, außer Kontrolle zu geraten und - als Monopol in den Hände einer Arbeiterbürokratie - eine Quelle der Degenerierung werden können.

Vor unseren Augen haben wir das lebendige Beispiel einer solchen Dynamik mit der verabscheuungswürdigen Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit in der Sowjetunion. Und das hat mit den Interessen der Diktatur des Proletariats nichts zu tun. Im Gegenteil, es trägt dazu bei, die Interessen der neuen herrschenden Kaste gegen die Angriffe der Arbeiter- und Bauernopposition zu schützen. Diese in höchstem Maße bonapartistische Moskauer Bürokratie wird laufend von den Herren Lombardo Toledano & Co nachgeäfft, die ihre persönliche Karriere mit den Interessen des Sozialismus verwechseln.

Die tatsächliche Aufgabe eines Arbeiterstaates besteht nicht darin, die öffentliche Meinung in eine Richtung zu lenken, sondern sie vom Joch des Kapitals zu befreien. Dies kann nur dadurch geschehen, dass die Produktionsmittel - und das schließt die Erzeugung von Informationen ein - vollständig in die Hände der Gesellschaft gelegt werden. Wenn einmal dieser entscheidende Schritt zum Sozialismus vollbracht wurde, müssen allen Meinungsrichtungen, die nicht die Waffen gegen die Diktatur des Proletariats erheben, die Möglichkeit haben, sie zu äußern. Es ist die Pflicht des Arbeiterstaates, ihnen, gemäß ihrer zahlenmäßigen Bedeutung, die technischen Möglichkeiten hierfür, also Druckpressen, Papier und Transportmöglichkeiten, zu überlassen. Eine Grundursache für die Degeneration der Staatsmaschine liegt in der Monopolisierung der Presse durch die stalinistische Bürokratie, die es riskiert, alle Errungenschaften der Oktoberrevolution in ein Ruinenfeld zu verwandeln.

Wenn wir nach Beispielen für den ruchlosen Einfluss der Komintern auf die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder suchen müssten, wäre die laufende Kampagne unter der Führung von Lombardo Toledano eines der übelsten. Im Wesentlichen versuchen Toledano und seine Gesinnungsgenossen in ein bürgerlich demokratisches System Methoden und Mittel einzuführen, die unter gewissen Umständen, unter der Diktatur des Proletariats unvermeidlich sein könnten. Darüber hinaus leihen sie diese Methoden in der Tat nicht von der proletarischen Diktatur, sondern von deren bonapartistischen Usurpatoren. In anderen Worten, sie infizieren eine bereits kranke bürgerliche Demokratie mit dem Virus einer dekadenten Bürokratie.

Die blutleere Mexikanische Demokratie ist dauerhaft einer tagtäglichen tödlichen Gefahr aus zwei Richtungen ausgesetzt: erstens durch den auswärtigen Imperialismus und zweitens durch die Agenten der Reaktion im inneren des Landes, die den größten Anteil der Veröffentlichungen kontrollieren. Aber nur Blinde oder einfache Gemüter könnten glauben, dass die Arbeiter und Bauern

von reaktionärem Gedankengut befreit werden können, indem einfach die reaktionäre Presse verboten wird. In Wirklichkeit kann nur die größtmögliche Pressefreiheit günstige Bedingungen für den Fortschritt der revolutionären Bewegung in der Arbeiterklasse schaffen.

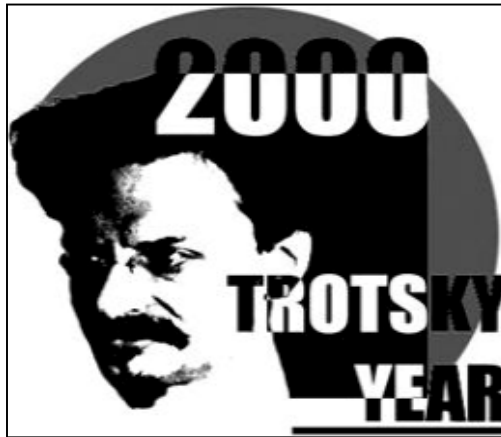
Es ist lebensnotwendig, einen unbarmherzigen Kampf gegen die reaktionäre Presse zu führen. Aber die Arbeiter können die Aufgaben, die sie selber mit ihren eigenen Organisationen und ihrer eigenen Presse zu erfüllen haben, nicht der unterdrückerischen Faust des bürgerlichen Staates überlassen. Heute mag die Regierung freundlich gegenüber den Arbeiterorganisationen eingestellt sein. Schon morgen könnte und wird die Regierung unvermeidlich in die Hände der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie fallen. In diesen Fall werden die vorhandenen unterdrückerischen Gesetze gegen die Arbeiter

eingesetzt werden. Nur Abenteurer, die an nichts anderes, als die augenblicklichen Bedürfnisse denken, können darin versagen, sich gegen eine solche Gefahr zu wappnen.

Der effektivste Weg, die bürgerliche Presse zu bekämpfen besteht darin, die Arbeiterpresse auszubauen. Natürlich sind Boulevardblätter (yellow papers) wie "El Popular" ungeeignet, diese Aufgabe zu erfüllen. Solche Blätter haben keinen Platz unter der Arbeiterpresse, der revolutionären Presse und selbst unter einer bürgerlichen Presse von gutem Ruf. "El Popular" dient den

persönlichen Ambitionen des Herren Toledano, der wiederum in der Tat im Dienste der stalinistischen Bürokratie steht. Seine Methoden: Lügen, Verleumdungen, Hexenjagden sind Methoden a la Toledano. Seine Zeitung hat weder ein Programm noch Ideen. Es ist offensichtlich, dass dieses Blatt niemals einen hörbaren Akkord in der Arbeiterklasse erklingen lassen wird, noch dass es diese von der bürgerlichen Presse abwerben wird.

So kommen wir zu der unvermeidlichen Schlussfolgerung, dass der Kampf gegen die bürgerliche Presse mit der Ausweisung der degenerierten Führer aus den Arbeiterorganisationen beginnt und im besonderen mit der Befreiung der Arbeiterpresse von der Anleitung durch Toledano und andere bürgerliche Karrieristen. Das mexikanische Proletariat benötigt eine ehrliche Presse um seine Bedürfnisse auszudrücken, seine Interessen zu verteidigen, sein Blickfeld zu erweitern und den Pfad der sozialistischen Revolution in Mexiko zu pflastern. Das ist es, was CLAVE vorhat. So beginnen wir, indem wir der unerbittlichen Krieg gegen die bonapartistischen Ansprüche Toledanos erklären. Für dieses Werk hoffen wir auf die Unterstützung aller fortschrittlichen Arbeiter, Marxisten und echter Demokraten.



IMPRESSUM

Unser Wort ist die deutschsprachige Zeitung der Internationalen Trotzkiistischen Opposition (ITO). Die ITO wurde 1992 in Florenz als Instrument für den Wiederaufbau der IV. Internationale als **Welpartei der sozialistischen Revolution** gegründet. Die 1938 von Leo Trotzki geschaffene IV. Internationale ist heute organisatorisch zersplittert und politisch degeneriert. Die ITO hat Mitstreiter in Italien, Großbritannien, Dänemark, der Ukraine, den USA, Deutschland und Indien und arbeitet eng mit befreundeten Organisationen in Lateinamerika und Griechenland zusammen.

Kontakt: N.Brauns, Germaniastr. 3 80802 München.
e-mail: ITO-Germany@web.de
ITO im Internet: <http://www.gn.apc.org/ito/ito.html>

V.i.s.d.P. N.Brauns, Germaniastr. 3 80802 München.
 Eigendruck im Selbstverlag

Die Ära Milosevic ist zu Ende. Eine Mehrheit der serbischen Wähler hat dem jugoslawischen Präsidenten zuerst in der Wahl das Misstrauen ausgesprochen und ihn anschließend mit gewaltsamen Massenprotesten und Streiks zum Rücktritt gezwungen. Als Marxisten unterstützen wir das serbische Volk in seinem Streben nach demokratischen Wahlen. Wir verstehen den Wunsch vieler Serben, Milosevic und seinem Mafia-Clan, der das Land seit einem Jahrzehnt in blutige Kriege gestürzt hat, endlich loszuwerden. Aber herrscht heute wirklich Demokratie in Jugoslawien, wie es die westlichen Kommentatoren verkünden?

Joschka Fischer erklärte, das letzte Stück der Mauer sei durch den Sturz des Potentaten Milosevic gefallen. Der deutsche Außenminister hat tatsächlich allen Grund zum Jubeln. Sein Auswärtiges Amt hatte schließlich mindestens 16 Millionen Mark für den Wahlkampf der "Demokratischen" Opposition Serbiens gespendet. Mit NATO-Bomben wurde Serbien zuerst in die Steinzeit zurückgebombt und dann mit einer Wirtschaftsblockade des Westens das serbische Volk ausgehungert. Die "freie Wahl", die der Westen dem serbischen Volk stellte, war, für eine Fortsetzung des Krieges und der Blockade zu stimmen, wenn es Milosevic wählte, oder für eine Aufhebung des Embargos, wenn es dem Lakaien des Westens Kostunica seine Stimme gab. Auch ohne die Wahlfälschung des Regimes kann ein solcher von der NATO erpresster Wahlkampf zwischen Pest und Cholera wohl kaum als frei bezeichnet werden!

Und ist der neue jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica ein Demokrat? Der Jurist bezeichnet sich selbst als "gemäßigter Nationalist". Tatsächlich gehört der eingefleischte Antikommunist Kostunica, der im Gegensatz zu den meisten anderen Politikern des ehemaligen Jugoslawiens niemals dem Bund der Kommunisten angehörte, zu jener Gruppe serbischer Intellektueller, die schon unter Tito durch großserbischen Chauvinismus auffielen. Kostunica, dessen staatliches Vorbild das Königreich Jugoslawien der Zwischenkriegszeit ist, gehört zu den Scharfmachern in der Kosova-Politik. Er war einer der Schreibtischtäter, die den plünderten und mordenden Tschetnikbanden in Kosova die ideologische Rechtfertigung gab und Freundschaft mit dem Schlächter von Bosnien, General Mladic pflegte. Es ist kein Zufall, dass der serbische Faschistenführer Seselj ebenso, wie der Monarchist Vuk Drascovic schon kurz nach der Wahl ihre Sympathien für den "gemäßigten" Nationalisten Kostunica erklärten. Während die EU über Österreich nach der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ in heuchlerischer Weise diplomatische Sanktionen verhängte, jubelt sie Jörg Haiders serbischen Geistesverwandten Kostunica zum Musterdemokraten hoch.

Nicht zu Unrecht erhoffen sich die westlichen Wirtschaftsmonopole, dass ihnen Kostunica die Ausplünderung der Reichtümer Jugoslawiens und Kosovos wesentlich erleichtern wird. Schon Milosevic war alles andere als ein Sozialist. Unter seiner Regentschaft wurde der Großteil des vormaligen

Serbien nach Milosevic - vom Regen in die Traufe

Arbeitereigentums privatisiert. Sahnestückchen wie die Telekom wurden bereits an das Ausland verscherbelt. Große Teile des ehemaligen Arbeitereigentums gingen aber in die Hände der ehemaligen "roten Direktoren" über. Milosevic vertrat jene Schicht ehemaliger stalinistischer Parteibürokraten, die sich zu Kapitalisten gewandelt hatten. Als parasitäre Mafia behinderte das Milosevic-Regime westliche Investitionen. Nicht etwa ein sozialistisches Programm, aber die kapitalistischen Eigeninteressen der "roten Direktoren" aus Milosevic "Sozialistischer" Partei standen dem völligen Ausverkauf Jugoslawiens an den Westen entgegen. Es herrschte gewissermaßen ein Konkurrenzkampf zwischen dem kleinen Räuber Milosevic und den großen Mafiapaten EU und NATO.

Viele Serben haben nur deswegen für Kostunica gestimmt, weil sie gegen Milosevic waren und nicht weil sie das Programm der "Demokratischen" Opposition teilen. Der serbische Volk, dass heute noch über den Sturz des verhassten Regimes jubelt, wird schon morgen merken, dass es vom Regen in die Traufe gekommen ist. Dann wird sich die äußerst instabile Basis der Demokratiebewegung der letzten Wochen zeigen, auf die sich Kostunica stütze. Es ist tatsächlich nur der gemeinsame Hass auf Milosevic und der Nationalismus, der so unterschiedliche Gruppen, wie die Arbeiter der Staatsbetriebe, die prowestlichen Studenten und die großserbisch orientierten Tschetniks zu letzt hinter Kostunica vereinigte. Mit den Floskeln "Ehre", "Stärke" und "Serbien" alleine werden sich die seit Monaten auf ihre Löhne wartenden Arbeiter der Staatsbetriebe nicht lange abspesen lassen. Mit ihren Streiks nach der Annullierung der Wahl haben vor allem die serbischen Bergarbeiter die Proteste ausgelöst, die zum Sturz von Milosevic führten. Diese Arbeiter einmal haben ihre Macht gespürt und sie werden sie wieder anwenden, wenn sie von Kostunica enttäuscht werden.

Zu den Verlierern der Wahl zählen auch die Kosova-Albaner. So lange es darum ging, das unbequeme Jugoslawien unter Milosevic zu schwächen, wurden die Unabhängigkeitsbestrebungen der Albaner toleriert und ein Referendum in Aussicht gestellt. Mit dem pro-europäisch orientierten Kostunica an der Macht wird der Westen keinen Grund mehr sehen, Kosova von Jugoslawien zu lösen. An einem Anschluss des Kosova an das Armenhaus Albanien und die damit einhergehende Destabilisierung des Balkan können zumindest die europäischen NATO-Partner kein Interesse haben. Die Reichtümer des Kosova, vor allem das reichhaltige Bundmetallminenkombinat Trepca bei Mitrovica lassen sich im jugoslawischen Rahmen unter einem dem Westen genehmen Regime am effektivsten ausbeuten. Die Rückkehr serbischer Truppen nach Kosova wird immer wahrscheinlicher. Die erprobte serbische Armee wird dann zusammen mit der KFOR gegen das albanische Unabhängigkeitsstreben vorgehen.

Allenfalls die USA, die Albanien zu ihrer Militärkolonie verwandelt haben, werden weiterhin ein offenes Ohr für die Führung der Kosova-Albaner um Thaci haben. Denn auch die USA, die immer den Sturz des "Schurken" Milosevic gefordert haben, gehören zu den Verlierern der Wahl. So pro-europäisch Kostunica ist, ist er gleichzeitig eingefleischter Antiamerikaner. Gerne nahm er die Wahlkampfgelder aus Deutschland, doch die US-Dollars schlug er stolz aus. Um nicht jeden Einfluss im ehemaligen Jugoslawien einzubüssen, werden die USA nun verstärkt auf die Gewaltseparation der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro setzen. In Montenegro herrscht anders wie in Kosova keine nationale Unterdrückung. Die dortige Führung unter Dukanovic strebt die Unabhängigkeit an, weil sie nicht bereit ist, den vom Westen finanzierten Wohlstand des

Landes mit dem serbischen Volk innerhalb eines föderativen Jugoslawien zu teilen.

Tatsächlich ist die Lage auf dem Balkan auch nach dem Sturz von Milosevic alles andere als stabil. Der Balkan wird solange die Pandorabüchse Europas bleiben, solange die westlichen Großmächte und Russland sich in die inneren Angelegenheiten der Balkanvölker einmischen und ihren eigenen Konkurrenzkampf um Macht, Profite und Rohstoffe auf dem Rücken dieser Völker austragen.

- **NATO, EU, Russland: Hände weg vom Balkan!**
- **Stoppt den Ausverkauf Jugoslawiens durch Kostunica, den Lakaien des Westens!**
 - **Selbstbestimmung für Kosova!**
- **Für eine sozialistische Balkanföderation mit demokratischen Rechten für alle ethnischen Minderheiten!**